

# Analyse und Handlungsempfehlungen zum Bürokratieabbau: Eine KI-basierte Umfrage-Auswertung des Wirtschaftsrates in Sachsen

Erstellt durch den Wirtschaftsrat Landesverband Sachsen

**Autoren:** Dr. Dino Uhle, Landesgeschäftsführer Wirtschaftsrat Sachsen und  
Dr. Jens-Uwe Meyer, Vorstandsvorsitzender der Innolytics AG Leipzig und  
Mitglied im Wirtschaftsrat Sachsen

*Wir bedanken uns ganz herzlich bei unseren Mitgliedern, die an der Umfrage teilgenommen haben.*

## Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	2
2	Praktische Auswirkungen der Bürokratiebelastung.....	3
2.1.	Aufbau neuer Prozesse und Verantwortlichkeiten ohne Wertschöpfung.....	3
2.2	Dokumentationspflichten und Berichterstellung mit hohem personellen Aufwand.....	3
2.3	Schulung und Weiterbildung von Mitarbeitern für regulatorische Anforderungen.....	3
2.4	Einführung und Pflege neuer IT-Systeme zur Einhaltung gesetzlicher Vorgaben.....	4
2.5	Aufbau von Kontroll- und Prüfmechanismen ohne Mehrwert für das Kerngeschäft.....	4
3	Handlungsempfehlungen für innovative Ansätze bei der Bürokratieentlastung.....	5
3.1	Empfehlung 1: Think Tanks für die schlanke Umsetzung von Gesetzen.....	5
3.2	Empfehlung 2: Erarbeitung von Musteranleitungen für effiziente Umsetzung.....	5
3.3	Empfehlung 3: Erarbeitung von Erfolgskennzahlen für Gesetze.....	5
3.4	Empfehlung 4: Regelmäßige Durchführung von Wirksamkeitsprüfungen.....	5
3.5	Empfehlung 5: Nutzung des deutschen Start-up-Potentials zur für innovative Lösungen	6
4	Fazit: Bürokratieabbau als Chance für Innovationen und Wachstum.....	6

## **1 Einleitung**

Im vierten Quartal 2024 hat der Wirtschaftsrat Sachsen eine Befragung seiner Mitglieder zu den Auswirkungen bürokratischer Belastungen durchgeführt. Ziel der Erhebung war es, die konkreten Herausforderungen zu analysieren, denen Unternehmen aufgrund zunehmender regulatorischer Anforderungen gegenüberstehen. Das zentrale Ergebnis der Befragung zeigt, dass Unternehmen wertvolle Ressourcen sowie Investitionen in Digitalisierung und Innovation zurückstellen müssen, weil sie diese Faktoren für die Erfüllung bürokratischer Pflichten einsetzen. Dies betrifft sowohl personelle als auch finanzielle Kapazitäten, die dringend für die Weiterentwicklung und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen benötigt werden.

### ***Studie zeigt praktische Auswirkungen bürokratischer Belastungen auf***

Die Antworten verdeutlichen den Umfang der Belastungen. Beispielsweise müssen Unternehmen umfassende Prozesse und Systeme implementieren, um gesetzliche Vorgaben wie die Einrichtung von Hinweisgebersystemen oder die Erfüllung von Berichtspflichten zu erfüllen. Die damit verbundenen IT-Investitionen und Schulungsmaßnahmen sind insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) eine enorme Herausforderung, da IT-Ressourcen knapp und Fachkräfte schwer verfügbar sind. Darüber hinaus sind Unternehmen gezwungen, interne und externe Audits durchzuführen, wodurch Ressourcen gebunden werden, die eigentlich für Qualitäts- oder Informationssicherheitsaudits vorgesehen wären. Dies führt zu einer Verzögerung bei der Umsetzung innovations- und wettbewerbsfördernder Maßnahmen und beeinträchtigt die Digitalisierung sowie die strategische Entwicklung der Unternehmen.

Um die Antworten systematisch auszuwerten, hat der Wirtschaftsrat Sachsen eine künstliche Intelligenz für die Textanalyse der Befragungsergebnisse eingesetzt. Die Analyse fasste die Beiträge der Mitglieder in fünf zentralen Belastungen sowie deren Auswirkungen zusammen. Diese stellen die wichtigsten bürokratischen Herausforderungen dar, denen Unternehmen in der Praxis begegnen. Die Ergebnisse dieser Analyse liefern eine präzise Grundlage, um den Dialog mit Politik und Verwaltung zur Entlastung der Wirtschaft zu intensivieren.

### ***Ziel: Zukunftsorientierte Handlungsempfehlungen für die künftige (Landes-)Regierung***

Mit seiner Umfrage verfolgt der Wirtschaftsrat das Ziel, positive und zukunftsorientierte Empfehlungen zu entwickeln, die über die häufig zu hörenden Forderungen nach Subventionen oder Fördergeldern hinausgehen. Der Wirtschaftsrat ist sich der Lage der öffentlichen Haushalte bewusst und legt besonderen Wert darauf, einer künftigen Landes- und Bundesregierung Lösungen vorzuschlagen, die ohne zusätzliche Belastungen der öffentlichen Finanzen auskommen.

Die Empfehlungen wurden in Zusammenarbeit mit der Innolytics AG erarbeitet, einem innovativen Anbieter von KI-Anwendungen zur Erleichterung von Dokumentationspflichten. Sie basieren auf den Ergebnissen der Befragung und der KI-gestützten Textanalyse der Antworten. Der Wirtschaftsrat präsentiert fünf konkrete Handlungsvorschläge, die Unternehmen entlasten und gleichzeitig die Digitalisierung und Innovation fördern können.

## **2 Praktische Auswirkungen der Bürokratiebelastung**

### **2.1. Aufbau neuer Prozesse und Verantwortlichkeiten ohne Wertschöpfung**

Mehr als 30 der über 100 Antworten beziehen sich auf den Aufbau neuer Prozesse und den damit verbundenen Investitionsbedarf. Unternehmen benötigen Zeit, Geld und personelle Ressourcen, um beispielsweise Hinweisgeber zu schützen, den Energieverbrauch zu dokumentieren oder Berichte über Nachhaltigkeit und Arbeitsbedingungen entlang der Lieferkette zu erstellen. Ein Beispiel ist der organisatorische Aufwand für die Einrichtung von Meldestellen und die Schulung eines Hinweisgeber-Beauftragten, verbunden mit Kosten für IT-Systeme.

#### **Auswirkungen**

Diese Investitionen und Ressourcen (materiell, finanziell und personell) stehen nicht für das operative Geschäft und auch nicht für Innovationen zur Verfügung. Dadurch sinkt die Wettbewerbsfähigkeit, da Unternehmen weniger flexibel auf Marktveränderungen reagieren können.

#### **Verursachende Gesetze und Richtlinien**

Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG), Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG), Verordnung (EU) 2023/1115, CSR-Richtlinie (CSRD), EU-Taxonomie-Verordnung.

### **2.2 Dokumentationspflichten und Berichterstellung mit hohem personellen Aufwand**

Über 25 der Antworten heben den immensen Dokumentationsaufwand hervor. Unternehmen sind verpflichtet, umfangreiche Berichte zu erstellen und regelmäßig zu aktualisieren, beispielsweise für die Einhaltung von Umweltstandards, Arbeitsbedingungen in Lieferketten oder Energieeffizienzmaßnahmen. Ein Beispiel ist, dass KMU erhebliche Zusatzkosten für notwendige Zertifizierungen tragen müssen, was besonders industriennahe Forschungseinrichtungen vor große Herausforderungen stellt.

#### **Auswirkungen**

Die laufende Erfüllung der Dokumentationspflicht bindet wertvolle Mitarbeiterkapazitäten, die für das Kerngeschäft, für Forschung oder Innovationsaktivitäten genutzt werden könnten. Dies führt zu einer geringeren Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere im internationalen Vergleich.

#### **Verursachende Gesetze und Richtlinien**

Energieeffizienzgesetz (EnEFG), Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG), Verordnung (EU) 2016/679 (DSGVO), CSR-Richtlinie (CSRD), Reststoffbestimmungsverordnung (RestBestV).

### **2.3 Schulung und Weiterbildung von Mitarbeitern für regulatorische Anforderungen**

Etwa 15 der Antworten betonen den Aufwand für Schulungen und Weiterbildungen. Unternehmen müssen ihre Mitarbeitenden kontinuierlich schulen, um neue gesetzliche Anforderungen zu verstehen und umzusetzen, beispielsweise zu Hinweisgeberprozessen, nachhaltigen Lieferketten oder Energieeffizienzmaßnahmen. Ein Beispiel ist die Schulung eines Beauftragten zur Einführung und Überwachung von Meldesystemen für Hinweisgeber, was als organisatorische Pflicht hohe Kosten verursacht.

### **Auswirkungen**

Die Durchführung und Organisation von Schulungen verursachen sowohl direkte Kosten als auch indirekte Kosten durch den Ausfall von produktiven Arbeitszeiten. Dies beeinträchtigt die Wettbewerbsfähigkeit, da Unternehmen ihre Ressourcen nicht für Wachstum und Innovation einsetzen können.

### **Verursachende Gesetze und Richtlinien**

Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG), Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG), Energieeffizienzgesetz (EnEfG), Verordnung (EU) 2023/1115, EU-Whistleblower-Richtlinie.

## **2.4 Einführung und Pflege neuer IT-Systeme zur Einhaltung gesetzlicher Vorgaben**

Rund 20 Antworten beziehen sich auf den Zwang zur Einführung neuer IT-Systeme. Unternehmen investieren in IT-Systeme, um die Einhaltung von Vorgaben sicherzustellen, beispielsweise zur Erfassung von Meldungen durch Hinweisgeber, zur Dokumentation von Energieverbrauch oder zur Nachverfolgung von Lieferketten. Ein Beispiel ist die Einführung von Systemen für die Energieverbrauchserfassung, die ohne einen direkten Nutzen für das operative Geschäft zu erheblichen Kosten führen.

### **Auswirkungen**

Die Investitionskosten für diese Systeme sowie deren laufende Wartung und Updates belasten das Budget. IT-Ressourcen sind gerade für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) knapp und teuer, da es schwierig ist, geeignete Fachkräfte am Markt zu finden. In der Folge gerät die Digitalisierung dieser Unternehmen weiter ins Hintertreffen, weil innovations- und wettbewerbsfördernde Investitionen zurückgestellt werden müssen.

### **Verursachende Gesetze und Richtlinien**

Energieeffizienzgesetz (EnEfG), Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG), Verordnung (EU) 2023/1115, EU-Taxonomie-Verordnung, Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG).

## **2.5 Aufbau von Kontroll- und Prüfmechanismen ohne Mehrwert für das Kerngeschäft**

Über 10 Antworten heben den Aufwand für Prüfmechanismen hervor. Unternehmen müssen interne Audits und externe Prüfungen durchführen, um die Einhaltung von Standards sicherzustellen, beispielsweise zur Energieeffizienz oder Nachhaltigkeit in der Lieferkette. Ein Beispiel ist der hohe Aufwand für Audits, der KMU dazu zwingt, kritische Geschäftsbereiche einzustellen, da sie die Kosten nicht tragen können.

### **Auswirkungen**

Interne und externe Audit-Ressourcen können nicht genutzt werden, um beispielsweise Qualitätsaudits oder Informationssicherheitsaudits durchzuführen. In der Folge bedeutet diese Belastung, dass wertvolle Ressourcen, die für Qualität und Informationssicherheit entscheidend sind, für bürokratische Anforderungen verwendet werden müssen. Dies beeinträchtigt die Fähigkeit der Unternehmen, nachhaltige und sicherheitsrelevante Standards effektiv umzusetzen, was sich negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit auswirkt.

## **Verursachende Gesetze und Richtlinien**

CSR-Richtlinie (CSRD), Energieeffizienzgesetz (EnEfG), Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG), Verordnung (EU) 2023/1115, Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG).

### **3 Handlungsempfehlungen für innovative Ansätze bei der Bürokratieentlastung**

Auf Basis der Studie hat der Wirtschaftsrat fünf Handlungsvorschläge entwickelt, die zeigen, dass Bürokratieabbau nicht zwangsläufig zusätzliche finanzielle Mittel erfordert, sondern mit intelligenten Ansätzen effizient realisiert werden kann.

#### **3.1 Empfehlung 1: Think Tanks für die schlanke Umsetzung von Gesetzen**

Gesetzgeber sollten verstärkt auf Ideen aus der Wirtschaft setzen, um bürokratische Vorgaben pragmatisch und ressourcenschonend umzusetzen. Unternehmen werden häufig mit komplexen bürokratischen Vorgaben konfrontiert, die in der Kaskade von der Gesetzgebung bis zur praktischen Umsetzung immer umfangreicher werden.

Der Wirtschaftsrat empfiehlt Think Tanks einzurichten, die bereits während der Gesetzesentstehung Vorschläge für eine schlanke Umsetzung entwickeln. Diese könnten ohne zusätzliche Kosten durch bestehende Wirtschaftsnetzwerke und Branchenverbände realisiert werden. Dadurch könnten Belastungen wie umfangreiche Dokumentationspflichten oder der Aufbau redundanter Prozesse reduziert werden.

#### **3.2 Empfehlung 2: Erarbeitung von Musteranleitungen für effiziente Umsetzung**

Gesetzestexte sollten mit klaren und einheitlichen Anleitungen für Unternehmen ergänzt werden. Viele Unternehmen beklagen, dass der Aufwand für die Interpretation von Gesetzestexten unverhältnismäßig hoch ist. Oft fehlen klare Handlungsvorgaben, was zu einer unsicheren Umsetzung führt und zusätzlichen Zeit- sowie Kostenaufwand verursacht.

Der Wirtschaftsrat bietet dem Gesetzgeber die Zusammenarbeit an, um praxisnahe Musteranleitungen zu erstellen. Dies könnte durch Partnerschaften mit Branchenverbänden ohne staatliche Finanzierung erfolgen. Unternehmen könnten IT- und Personalkosten einsparen, da weniger Aufwand für die Interpretation von Gesetzen erforderlich wäre.

#### **3.3 Empfehlung 3: Erarbeitung von Erfolgskennzahlen für Gesetze**

Der Erfolg eines Gesetzes sollte an seiner Wirksamkeit gemessen werden, nicht an der Anzahl verabschiedeter Vorschriften. Viele Gesetze führen nicht zum gewünschten Ziel, da sie vor allem auf die Einhaltung formaler Vorgaben abzielen. Diese Bürokratie verursacht bei Unternehmen nicht nur Kosten, sondern verhindert auch eine nachhaltige Zielerreichung.

Qualitätsmanagementprinzipien wie ISO 9001 sollten auf die Gesetzgebung angewendet werden, ohne zusätzliche finanzielle Belastung, da bestehende Verfahren genutzt werden können. Dies würde Unternehmen entlasten, da unnötige Prüfungen reduziert und gesetzliche Anforderungen zielgerichteter gestaltet werden.

#### **3.4 Empfehlung 4: Regelmäßige Durchführung von Wirksamkeitsprüfungen**

Gesetze sollten regelmäßig darauf überprüft werden, ob sie die gewünschten Ziele effizient erreichen. Oft entstehen unnötige Kosten für Unternehmen, weil die Wirksamkeit von Vorgaben nicht hinterfragt wird. Bürokratische Anforderungen bleiben bestehen, selbst wenn der ursprüngliche Zweck längst nicht mehr relevant ist.

Der Wirtschaftsrat empfiehlt, Wirksamkeitsprüfungen alle drei Jahre verpflichtend durchzuführen. Die Kosten könnten durch Einsparungen bei ineffektiven Maßnahmen kompensiert werden. Dies würde Belastungen wie überflüssige Kontrollmechanismen oder umfangreiche Berichtspflichten reduzieren.

### **3.5 Empfehlung 5: Nutzung des deutschen Start-up-Potentials zur für innovative Lösungen**

Viele Unternehmen müssen ähnliche Daten an unterschiedliche Behörden melden, was zu doppelten Berichtspflichten führt und wertvolle Ressourcen bindet. Dies betrifft beispielsweise Daten zur Nachhaltigkeit, Energieeffizienz oder Lieferkettentransparenz, die mehrfach aufbereitet und eingereicht werden müssen. Diese redundante Berichterstattung erschwert insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen die effiziente Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben.

Um eine Belastung des öffentlichen Haushalts zu vermeiden, empfiehlt der Wirtschaftsrat die Nutzung des innovativen Potenzials von Start-ups durch Wettbewerbe und die Einbindung von Instrumenten wie der bundeseigenen Agentur für Sprunginnovationen.

Startups sind in der Lage, neueste Technologien der Digitalisierung und der künstlichen Intelligenz zu nutzen, um gleichermaßen dem Staat und der Wirtschaft die Arbeit zu erleichtern. Durch die Zusammenarbeit mit Startups könnten effiziente, kostengünstige Lösungen entstehen.

## **4 Fazit: Bürokratieabbau als Chance für Innovationen und Wachstum**

Die Studie hat eindrücklich die praktischen Belastungen von Unternehmen durch bürokratische Anforderungen und deren weitreichende Auswirkungen aufgezeigt. Sie verdeutlicht, wie stark bürokratische Pflichten Ressourcen binden, die dringend für Digitalisierung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit benötigt werden. Die vorgestellten Handlungsempfehlungen gehen dabei weit über bloße Klagen oder Forderungen nach Subventionen hinaus. Stattdessen wird Bürokratieabbau als Chance für Innovation betrachtet, die Wirtschaft und Verwaltung gleichermaßen voranbringen kann.

Gerade in der aktuellen Situation – mit einer knappen Haushaltslage, dem zu erwartenden starken Bürokratieabbau in den USA und einer wirtschaftlichen Schwächephase Deutschlands – sieht der Wirtschaftsrat Sachsen den Zeitpunkt als ideal an, den Bürokratieabbau mit innovativen Methoden voranzutreiben.

Als die größten „Bürokratiemonster“ mit mehrfacher Nennung in unserer Umfrage sind die folgenden Regelungen hervor gegangen: Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG), Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG), Verordnung (EU) 2023/1115 (EU-Entwaldungsverordnung), EU-Nachhaltigkeitsrichtlinie – CSR-Richtlinie (CSRD), EU-Taxonomie-Verordnung, Energieeffizienzgesetz (EnEFG), Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung - DSGVO), Reststoffbestimmungsverordnung (RestBestV) sowie die EU-Whistleblower-Richtlinie. Diese Vorgaben sollten zuvorderst auf den Prüfstand und ggf. reduziert bzw. gänzlich abgeschafft werden.

Die neue Landesregierung in Sachsen muss mit gutem Beispiel vorangehen, selbst Belastungen senken, und dann bei der Bildung einer neuen Bundesregierung mit darauf hinwirken, auch auf dieser Ebene den Wandel einzuleiten, welcher Bürokratieabbau mit modernster Technologie und pragmatischen Ansätzen verbindet. Der Wirtschaftsrat möchte gemeinsam mit der Politik diesen Moment nutzen, um den Unternehmen durch schlanke Prozesse und digitale Lösungen die notwendige Freiheit für nachhaltiges Wachstum und Innovation zu schaffen.